

IRAN: YASAMAN ARYANI UND MONIREH ARABSHAHI

Menschenrechtsaktivistinnen protestieren gegen den gesetzlichen Kopftuchzwang



Yasaman Aryani - AI © private



Monireh Arabshahi - AI © private

Am 8. März 2019 ging im Netz ein Video um die Welt, in dem zu sehen war, wie Yasaman Aryani und ihre Mutter Monireh Arabshahi zusammen mit anderen Frauen in einer U-Bahn in Teheran Blumen an die Passanten zum Internationalen Frauentag verteilten. Die Frauen trugen ihre Haare unverhüllt und diskutierten über die Situation der Frauenrechte im Iran. Die beiden Frauen wurden in den Tagen darauf inhaftiert und am 31. Juli 2019 zu je 16 Jahren Haft verurteilt. Es gab mehrere Anklagepunkte wie „Verbreitung von Propaganda gegen das System“, „Versammlung und Verschwörung gegen die nationale Sicherheit“ und „Anstiftung und Begünstigung von Verdorbenheit und Prostitution“, diese letzte Anklage allein führte zu 10 Jahren Haft.

Bei den unfair geführten Verfahren hatten die Frauen keinen Rechtsbeistand. Auf die Forderung nach einem Verteidiger soll der Richter gesagt haben, dieser könne die Akte ja im Berufungsverfahren einsehen. Während der Untersuchungshaft wurden die Frauen meist in Einzelhaft gehalten. Sie wurden außerdem gezwungen, vor der Kamera zu gestehen, dass hinter ihrem Verhalten ausländische Kräfte gestanden hätten und dass sie ihre Taten „bereuen“. In einem Berufungsverfahren wurde das Strafmaß im Februar 2020 auf je 9 Jahre und 7 Monate festgesetzt, davon allein 5 Jahre und 6 Monate wegen „Förderung der Prostitution“. Nach iranischem Recht muss immer nur die längste der Haftstrafen abgeleistet werden, also hier jeweils 5,5 Jahre.

Ende Oktober 2020 wurden Yasaman Aryani und ihre Mutter in das Kachuei Gefängnis in Karaj verlegt. Ein Test nach der Ankunft ergab, dass Yasaman Aryani mit Covid 19 infiziert war. Es ist zu befürchten, dass sie keine adäquate medizinische Versorgung erhält. Bei Monireh Arabshahi wurde im Dezember 2020 eine Schwellung der Schilddrüse festgestellt, die das Atmen erschwert. Auch hier wurde keine sofortige Behandlung durchgeführt.

Weitere Informationen

Gesetze zur verpflichtenden Verschleierung verstoßen gegen eine Reihe von Menschenrechten, wie das Recht auf Gleichstellung, die Privatsphäre, die freie Meinungsäußerung und die Glaubensfreiheit. Das gesetzliche Kopftuchzwang erniedrigt Frauen und Mädchen und beraubt sie ihrer Würde und Selbstachtung.

Unmittelbar nach der Revolution 1979 veranlasste Khomeini, der Religiöse Führer, die Verschleierung von Frauen und Mädchen. Seit 1983 ist diese Forderung im Gesetz festgehalten und führt bei Verletzung der Kleiderordnung zu willkürlicher Haft und Bestrafung. Diese Kleidungs Vorschriften werden im gesamten Iran durch eine Sittenpolizei überwacht. Sie kontrolliert nicht nur die Bedeckung der Haare, sondern auch die Länge der Hosen, die Weite der Mäntel, das Make-Up und allgemein die Bedeckung des Körpers. Es gibt zahlreiche Berichte, wo die Sittenpolizei Frauen ins Gesicht geschlagen und Gummiknüppel zur Bestrafung eingesetzt hat, wenn sie, manchmal nur geringfügig, gegen Regeln verstoßen haben.

Gegen diese Vorgehensweisen gibt es seit einiger Zeit eine Bewegung, der sich auch Männer angeschlossen haben. Sie fordern die freie Wahl der Kleidung. Frauen, die sich verschleiern wollen, sollen dies tun. Dann müssen aber die Frauen, die sich nicht bedecken wollen, ihre Kleidung frei wählen dürfen, ohne dass sie beleidigt, bedroht, als Hure beschimpft, ausgepeitscht oder inhaftiert werden. Die Mitglieder der Bewegung gegen die Kleiderordnung sind schon öffentlich aufgetreten. Frauen standen an öffentlichen Plätzen und winkten mit ihren meist weißen Kopftüchern, die sie oben an eine Stange gebunden hatten. Und immer wieder tauchen im Netz Videos auf, die iranische Frauen auf der Straße mit offenem Haar zeigen.

Diese wachsende Bewegung hat die iranischen Behörden erschreckt. Sie sind dagegen vorgegangen und haben Razzien durchgeführt. Seit Januar 2018 wurden mindestens 48 Frauenrechtsverteidiger_innen verhaftet, darunter auch vier Männer. Einige davon sollen misshandelt worden sein. Sie wurden nach meist unfairen Prozessen zu Haftstrafen oder Auspeitschungen verurteilt. Am 23. Februar 2018 wurde offiziell verkündet, dass Protestler gegen die Kleiderordnung nun wegen Korruption und Prostitution verurteilt würden, das bedeute bis zu 10 Jahre Haft.



Dieses Bild ging um die Welt: Vida Movahedi wurde im Dezember 2018 zur Pionierin gegen die Zwangverschleierung.

Die Kriminalisierung von Frauen und Mädchen, die die Kleiderordnung ablehnen, bedeutet eine extreme Art von Diskriminierung. Die Kleiderzwangsgesetze verletzen eine Reihe von Rechten, wie das Recht auf Gleichheit, Freiheit der Meinung und Freiheit des Glaubens. Sie nehmen den Frauen und Mädchen ihre Würde und ihr Selbstwertgefühl.